

## Liebe Leserinnen und Leser,

am 7. Dezember ist die Ampelkoalition ein Jahr im Amt. Ich weiß, dass



es erwartbar ist, wenn ich der Regierungskoalition ein schlechtes Zeugnis ausstelle.

Doch auch, wenn man uns als Union in der Vergangenheit

vielen vorwerfen konnte – wir haben in Krisensituationen immer pragmatisch, schnell und entschlossen gehandelt. In der Corona-Pandemie hat es nur wenige Tage gedauert, bis wir mit umfangreichen Paketen reagiert haben.

Der Ukraine-Krieg tobt jetzt seit mehr als neun Monaten, ebenso lang kämpfen die Bürger und Betriebe mit explodierenden Preisen – und die Koalition hat es weder geschafft, die Preisbremsen für Gas, Strom und Wärme zu aktivieren noch das Energieangebot entscheidend auszubauen.

In so einer Notlage wie jetzt kann es nicht sein, dass die Koalition sich nach monatelangem Zaudern lediglich dazu durchringen kann, die funktionierenden Kernkraftwerke nur bis Mitte April weiterlaufen zu lassen. Geboten wäre jedoch eine Verlängerung, solange wie die Not-situation absehbar bleibt. In so einer Lage muss alles in die Stromerzeugung kommen, was die Versorgung sichert und Preise stabilisiert.

Fehlanzeige auch bei der dringend notwendigen Stärkung der Bundeswehr. Im Rahmen des Sondervermögens für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro ist bislang kein einziger Beschaffungsauftrag erteilt worden.

Im Klartext: Wieder einmal stellt die Regierung großspurig Milliarden-summen ins Schaufenster, regelt aber nicht, wie diese sinnvoll abgerufen werden können. Dazu bricht die Koalition ihr Versprechen, den Verteidigungsetat jährlich um mindestens zwei Prozent des Brutto-

inlandsprodukts zu erhöhen. Im Gegenteil, 2023 sinkt der Wehretat sogar um fast 300 Millionen Euro.

Beispiel „Bürgergeld“: Statt solidarisch auch die mit in den Blick zu nehmen, die dieses Sozialsystem erwirtschaften, wollte die Ampel sich vom bewährten Prinzip des Förderns und Forderns loslösen.

Doch im Vermittlungsausschuss ist es uns gelungen, den Einstieg in ein bedingungsloses Grundeinkommen aus Steuergeldern zu verhindern. Langzeitarbeitslose, die eine Mitwirkung mit der Arbeitsagentur verweigern, können nun wieder vom ersten Tag an sanktioniert werden. Auch das Schonvermögen und die Karenzzeit, in der die finanziellen und Wohnverhältnisse nicht überprüft werden, werden halbiert.



Bei Anne Will stritt ich u.a. mit Kevin Kühnert (SPD) über das Bürgergeld.

Selbstverständlich muss der Sozialstaat für die da sein, die nicht (mehr) arbeiten können. Aber genauso dürfen die hart arbeitenden Menschen erwarten, dass Leistungsempfänger sich nach Kräften bemühen, schnellstmöglich wieder auf eigenen Beinen zu stehen.

Hier hat sich gezeigt, wie wichtig die Arbeit der Opposition ist. Unser Verhandlungsergebnis ist gut fürs Land und für die demokratische Kultur.

Ihr Carsten Linnemann

## Staatsauswüchse begrenzen

Über die große Aufmerksamkeit für mein Buch „Die ticken doch nicht richtig!“ habe ich mich sehr gefreut. Und zwar nicht nur, weil sämtliche Autorenhonorare der Stiftung Lebenslauf in Paderborn zufließen und damit wertvolle Projekte zur

Stärkung benachteiligter Kinder und Jugendlicher realisiert werden. Der Erfolg freut mich auch deshalb, weil ich damit wichtige Debatten anstoßen konnte, sowohl innerhalb meiner Partei als auch für das Land. In zahlreichen Interviews, Talkshows und in Gastbeiträgen habe ich für meine Reformideen und für einen Mentalitätswandel geworben, den Deutschland jetzt dringend braucht.

Wie wichtig diese Debatte anstöße sind, zeigt die empfindliche Abwehrreaktion des Beamtenbundes auf meine Forderung, in Zukunft nur noch in hoheitlichen und sicherheitsrelevanten Bereichen zu verbeamten, also in der Justiz, in Sicherheitsbehörden, in der Finanzverwaltung oder der Bundeswehr. Die Schweiz macht es uns vor – und mir ist nicht bekannt, dass die Verwaltungen dort schlechter laufen oder die Qualität der Bildung geringer ist als bei uns. Im Gegenteil.

Klar ist, dass für bestehende Beamtenverhältnisse Bestandsschutz gilt. Dennoch müssen wir die Auswüchse des Staates begrenzen. Zur Verdeutlichung: Allein zwischen 2012 und 2021 sind die Personalausgaben des Bundes um 9 auf 36 Milliarden Euro gestiegen. Und es ist die Politik selbst, die mit schlechtem Beispiel vorangeht. Wir haben mittlerweile so viele Minister, Staatssekretäre und Regierungsbeauftragte wie nie zuvor. Die Beamtenapparate in den Ministerien werden immer weiter aufgebläht. Der Reformbedarf ist also groß. Doch wer auf sachliche Reformvorschläge mit plumpen Vorwürfen wie einem vermeintlichen „Beamten-Bashing“ reagiert, der kann kein Interesse an einem offenen Austausch zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes haben. Mit ebendieser „Es geht nicht, weil“-Mentalität, die ich in meinem Buch kritisiere, werden wir die Zukunft jedenfalls nicht gewinnen.



## Mein neuer Podcast



Einfach mal machen – das ist der Titel meines neuen Podcasts. Einmal im Monat hole ich mir spannende Gäste an den Tisch und diskutiere mit ihnen, wie wir unser Land und die CDU nach vorne bringen. In der ersten Folge sprach ich mit Musikmanager und CDU-Vorstandsmitglied Joe Chialo und der CDU-Bundestagsabgeordneten Anne König. Hören oder schauen Sie doch mal rein – auf Spotify, Apple Podcast oder zusätzlich mit Bild auf Youtube.

## 10 Jahre Stiftung Lebenslauf

Vor mehr als 10 Jahren habe ich die Stiftung Lebenslauf gegründet. Jedes Jahr fördern wir eine Gruppe benachteiligter Jugendlicher mit verschiedenen Sportaktivitäten. Kürzlich konnten wir den Reitverein Paderborn beim Kauf eines Volltignierpferdes unterstützen (siehe Foto), um das sich jetzt die Jugendlichen kümmern können. Es ist toll zu sehen, wie die jungen Teilnehmer mit der Zeit ein neues Selbstwertgefühl entwickeln. Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen möchten, vielleicht zur Weihnachtszeit, können Sie sich auf [stiftung-lebenslauf.de](http://stiftung-lebenslauf.de) näher informieren.



## Das berichten die Anderen

Westfalen-Blatt, 6. November



Die Kreishandwerkerschaft Paderborn-Lippe hat dem heimischen CDU-Politiker Carsten Linnemann das Goldene Ehrenzeichen verliehen. Laudator war der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), Hans Peter Wollseifer. Linnemanns Beharrlichkeit und Weitsicht sei es zu verdanken, so Hauptgeschäftsführer Michael Lutter, dass wichtige Weichen für den Fortbestand und die positive Weiterentwicklung des Handwerks gestellt wurden. Insbesondere die Wiedereinführung der Meisterpflicht in zwölf Berufen sei seinem Einsatz zu verdanken. [...]



Mit Michael Lutter, Mickel Biere und Hans Peter Wollseifer

Dass im Jahr 2004 mit der Handwerksrechtsnovelle die Meisterpflicht für 53 Handwerke aufgehoben worden sei, sei ein fataler Fehler gewesen. Kreishandwerksmeister Mickel Biere verwies darauf, dass der CDU-Politiker diese Sorgen des Handwerks nicht nur ernst, sondern „auch mit nach Berlin genommen“ habe. Linnemann habe sich massiv für die Wiedereinführung der Meisterpflicht in zwölf Handwerksberufen eingesetzt [...].

## Das Büro Linnemann wünscht eine gesegnete Weihnachtszeit



Es ist eine für uns schöne Tradition im Büro: Seit meiner ersten Wahl in den Bundestag 2009 schießen wir jedes Jahr ein gemeinsames Teamfoto für unsere Weihnachtskarte. Sobald uns die verschiedenen Abzüge vorliegen, wählen wir das beste Motiv aus. Für diesen Infobrief haben wir uns dagegen etwas anderes überlegt. An dieser Stelle wünschen wir Ihnen nicht mit dem schönsten, sondern mit dem lustigsten Motiv ein gelungenes Fest. Frohe Weihnachtstage wünschen (von links) Katrin Frare-Landau, Hubertus Struck, Gesine Brumby, Carsten Linnemann, Diana Pinnau, Hans-Dieter Winkler und Anke Löffler aus dem Paul-Löbe-Haus am Spreeufer im Berliner Regierungsviertel.